

Freie Wähler im Landkreis Böblingen e.V. • Kreistagsfraktion  
Thomas Sprißler • Marktplatz 5 • 71083 Herrenberg

Landratsamt Böblingen  
Herrn Landrat  
Roland Bernhard  
Parkstr. 16  
71034 Böblingen

**Vorsitzender Kreistagsfraktion**

Thomas Sprißler  
Marktplatz 5  
71083 Herrenberg  
Tel.: 07032/ 924-222  
Fax: 07032/ 924-365  
E-Mail: ob@herrenberg.de  
[www.freiewaehler.de](http://www.freiewaehler.de)

21.11.2022

**Stellungnahme der Freien Wähler zum Haushalt 2023/Haushaltsrede**

Sehr geehrter Herr Landrat,  
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landratsamtes,  
liebe Kolleginnen und Kollegen Kreisräte,  
Vertreterinnen und Vertreter der Presse,

Sehr geehrter Herr Landrat, in der Schlussbemerkung Ihrer Haushaltsrede rufen Sie uns auf: Seien wir Optimisten! Und wenn wir den Blick zurück auf die vergangenen ebenfalls sehr krisenbehafteten zwei Jahre werfen und wie wir als Gesellschaft damit umgegangen sind, dann können wir dies auch in der heutigen Lage sicherlich grundsätzlich sein.

Die Bürgerinnen und Bürger, die Mitarbeitenden in unseren Unternehmen haben die Zeit bis dato ordentlich gemeistert. Das Zusammenspiel in der Flüchtlingskrise, die **Bereitschaft zu helfen**, die Dimension der untergebrachten Flüchtlinge insbesondere aus der Ukraine, könnte zuversichtlich stimmen. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Zahlen bereits deutlich über denen aus der Flüchtlingskrise in den Jahren 2015/2016 stammen.

Die Mitarbeitenden in den Verwaltungen, die die Umsetzung der Coronakrise, der Flüchtlingskrise, der multiplen Krisen parallel bewältigen ebenso. Der unermüdliche Einsatz der Menschen in der Pflege, in den Arztpraxen und in den Krankenhäusern, im Einzelhandel, den Unternehmen oder auch in den Verwaltungen. Ein **dickes dickes Dankeschön** an alle diejenigen, die hier tagtäglich an und über ihre Leistungsgrenzen hinausgehen und großartiges leisten!

Dass ein Optimist in jedem Problem eine Lösung sieht, war vielleicht einmal so. Sie sagen in Ihrer Haushaltsrede Herr Bernhard, dass es uns noch vergleichsweise gut geht, dass uns 7,5 Milliarden Menschen auf der Welt beneiden und mit uns gerne tauschen würden. Das mag sein, ändert aber auch nichts an der Tatsache, dass wir in unserem Land derzeit auch nur annähernd für jedes Problem eine gute Lösung haben und diese **Unsicherheiten** spüren und belasten unserer Bürgerinnen und Bürger. Gerade deshalb sollte man auch nicht suggerieren, dass wir für alles eine Lösung hätten. Ich glaube, der Staat tut dies insgesamt viel zu sehr. Die Erwartungen, dass der Staat immer und immer wieder bei allen Themen einspringen kann sind zu hoch und die **finanziellen Realitäten** sprechen sehr deutlich eine andere Sprache.

**Fractionsvorsitzender:** Thomas Sprißler, Marktplatz 5, 71083 Herrenberg, ob@herrenberg.de

**1. Stellvertreter:** Ioannis Delakos, Aichtalstraße 120, 71088 Holzgerlingen, ioannis.delakos@holzgerlingen.de

**2. Stellvertreterin:** Ingrid Balzer, Ditzinger Straße 9, 71063 Sindelfingen, dietrich.balzer@t-online.de

Herr Landrat, Sie haben in Ihrer Haushaltsrede gesagt, dass der Bund aufpassen muss, die Kommunen nicht zu überfordern. Die Kommunen **sind** überfordert, **die Belastungsgrenze ist erreicht!!!**

80% der öffentlichen Dienstleistungen werden, so eine Fachzeitschrift, in den Kommunen erbracht. Oder wie Hermann Schmitt-Vockenhausen einmal gesagt hat: „**Die Gemeinden sind der eigentliche Ort der Wahrheit, weil sie der Ort der Wirklichkeit sind.**“ Politische Beschlüsse werden dort umgesetzt und für die Bürgerinnen und Bürger erlebbar.

In den letzten Jahren und Jahrzehnten wurden immer neue Leistungen und Rechtsansprüche durch Bundes und Landespolitik zugesagt. Die Zielrichtung dieser Maßnahmen soll gar nicht in Abrede gestellt werden, aber häufig ist die **Schrittfolge falsch**. Jede staatliche Leistung, die auf kommunaler Ebene erbracht werden soll, muss vorab auf ihre Umsetzbarkeit und Finanzierbarkeit geprüft werden. Die Kommunen sind mit ihrem **extrem breiten Portfolio an (Pflicht-)Aufgaben** schon am Limit! Und die ständig neuen Aufgaben und Herausforderungen führen dazu, dass wir an **den Grenzen der Handlungsfähigkeit** angelangt sind.

Werfen wir den Blick auf einige **Beispiele**: Da sei zunächst der **Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz** für unter dreijährige genannt. Hier wurden seinerzeit zwar finanzielle Ausgleichsregelungen geschaffen, die aber schon lange nicht mehr den Realitäten entsprechen. Trotz **massiver Investitionen** in Millionenhöhe und einer **Verdopplung der Kita-Plätze** in den vergangenen 15 Jahren in Baden-Württemberg können die Städte und Gemeinden nicht mehr den Bedarf decken, **es droht der Kita-Kollaps** und erste Klagen sind beim Landkreis anhängig. Und das erste Urteil hierzu suggeriert, dass es keine Rolle spielt, ob die Kommunen alle erdenklichen Maßnahmen und Anstrengungen unternommen haben, um Fachkräfte zu gewinnen, teilweise sogar aus dem Ausland. Rechtsanspruch ist Rechtsanspruch und dieser muss erfüllt werden, Basta, so das Urteil des Gerichts.

Die **Realität** hingegen sieht so aus, dass zigtausende Fachkräfte fehlen und räumlich vorhandene Gruppen deswegen erst gar nicht in Betrieb gehen können. Und finanziell wurde die letzten Jahre schon viel getan, um den Beruf aufzuwerten und die gegenseitigen Überbietungstendenzen der Kommunen führen auch zu keiner langfristigen Lösung.

Ein weiteres Beispiel ist der **Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in den Grundschulen** ab 2026. So wie die derzeitigen Standards diskutiert werden, ist eine Realisierung völlig ausgeschlossen! Ausgeschlossen, weil die räumlichen, die finanziellen und die personellen Ressourcen völlig unzureichend sind! Auch hier ist der Gesetzgeber wieder gefordert. Welche Erwartungen wurden gesetzt durch das eigene Gesetz, das offensichtlich und in dieser Analyse sind sich so gut wie alle Fachleute einig, nicht realisiert werden kann! Nicht nur, dass es diese pädagogischen Fachkräfte in vier Jahren neben den benötigten in den Kitas am Markt nicht geben wird. Auch wird es für Kultur- und sporttreibende Vereine immer schwieriger, junge Menschen zu erreichen. Es muss möglich sein, dass die Vereine mit ihren hervorragenden Übungsleitern genau hier auch in die Lage versetzt werden, gemeinsam mit den Kommunen diesen Rechtsanspruch abzubilden.

Ebenfalls äußerst interessant ist die Entwicklung hinsichtlich des Paragraphen 2b Umsatzsteuer. Seit langem fordern die kommunalen Spitzenverbände, die Umsetzung zum 1.1.2023 zu verschieben. Dies wurde nicht gehört! Jetzt, sechs Wochen vor geplanten Inkrafttreten findet diese Diskussion beim Gesetzgeber nochmals statt und es wird in den Raum gestellt, die Optionsfrist gegebenenfalls nochmals für zwei Jahre zu verlängern. Dabei sind jetzt natürlich bei vielen Kommunen so gut wie

alle Vorarbeiten final abgeschlossen. EDV-Programmtechnische Änderungen wurden vorgenommen, Schulungen wurden durchgeführt, Verträge wurden geändert, Satzungen wurden angepasst und so weiter. Wenn man die verlängerte Optionsfrist jetzt annehmen würde müsste dies jetzt alles rückgängig gemacht werden und gleichzeitig in zwei Jahren wieder neu durchgeführt werden. Unglaublich!

Und das nächste Beispiel ist das **geplante Bürgergeld**, das zum Jahreswechsel das heutige Hartz-IV-System ablösen soll. Mitte November, stolze 6 Wochen (Achtung Ironie) vor dem geplanten Inkrafttreten im Bundestag als „die größte Sozialreform der letzten 20 Jahre“ beschlossen, wurde die Zustimmung im Bundesrat verweigert und der Vermittlungsausschuss angerufen. Je nachdem, wie ein möglicher Kompromiss aussieht, haben die nachfolgenden Verwaltung dann noch wenige Wochen Zeit, diese „größte Sozialreform“ dann umzusetzen. Übrigens: Das letzte Mal, als der Vermittlungsausschuss „erfolgreich“ und in letzter Minute einen Kompromiss gefunden hat, war kurz vor der Bundestagswahl im September 2021. Das Thema damals: Die Einführung der Ganztagsbetreuung in Grundschulen.

Das sind nur vier Beispiele. Wir stehen vor riesigen **Herausforderungen in einer Dimension, Gleichzeitigkeit und Komplexität**, wie wir sie seit Jahrzehnten nicht hatten. Die Fraktion der Freien Wähler sagt nicht, dass wir dies nicht schaffen. Aber wir schaffen es nicht so, **nicht mit einem einfachen „Weiter so“!**

### **Soziales**

Im Bereich Soziales belasten extrem stark steigende Kosten der Eingliederungshilfe unter anderem durch das Bundesteilhabegesetz (auch hier keine vollständige Kostenübernahme durch den Bund) den Haushalt schwer.

Ihre inhaltliche Kritik am Bürgergeld können wir teilen Herr Landrat. Die personellen Herausforderungen durch das BTHG und auch die kurzfristige Umsetzung der Wohngeldreform oder den Rechtskreiswechsel sind enorm. So sehr wir insbesondere beim Wohngeld die zielgerichtete Hilfe an den erweiterten Empfängerkreis begrüßen, ist die Herausforderung innerhalb kürzester Zeit einen bis zu dreifach so hohen prognostizierten Empfängerkreis zu bearbeiten ein **weiteres Beispiel für die Umsetzungsferne des Gesetzgebers**. Deshalb an dieser Stelle ein besonderes Lob und Anerkennung für das Engagement der Landkreisbeschäftigten und in den Jobcentern!

Wir möchten außerdem auf die **drohende Überlastung durch die Aufnahme von Geflüchteten** und die damit verbundene Herausforderung der Integration und Vermittlung in Arbeit hinweisen. Gleiches gilt für die Angebote in Kindergärten und Schulen. Hier sehen wir insbesondere über eine schnelle und geregelte Arbeitsmarkt-Zuwanderung hohes Potenzial.

Hervorheben möchten wir beim Thema Flüchtlingsunterbringung die nach wie vor sehr **gute Zusammenarbeit zwischen dem Landkreis und den Kommunen**. Dadurch sorgen wir dafür, dass wir diese riesige Herausforderung so gut wie möglich gemeinsam bewältigen können.

Bei der nach wie vor und mit der Preisentwicklung in den letzten zwei Jahren noch drängender gewordenen Frage, wie wir die Schaffung von bezahlbaren Wohnraum fördern können, möchten wir mit unserem Antrag auf Gründung einer Bürgergenossenschaft Wohnen im im Landkreis ein **deutliches Unterstützungssignal** senden. Wir halten dies für einen sehr wichtigen Schritt und uns liegt viel daran, hier sehr schnell die Voraussetzungen zu klären!

## **Mobilität und ÖPNV**

Eine gute Mobilitäts-Infrastruktur liegt uns für unseren Landkreis am Herzen. Das **Straßenerhaltungsprogramm** ist seit 2012 eine objektive und transparente Arbeitsgrundlage und wird aktuell ja auch fortgeschrieben.

2014 hat der Kreistag eine grundlegende **Radverkehrskonzeption** nach erfolgter Abstimmung mit den 26 Kreiskommunen mit 600 Maßnahmen beschlossen. Rund 150 sind bislang umgesetzt. Auch hier müssen wir in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen vor Ort dranbleiben.

Wir stehen zum Ausbau des Rad-Infrastrukturnetzes. Wir drängen jedoch darauf, auch hier **Prioritäten** zu setzen. Für eine Stärkung des Pendleradverkehrs im Berufsalltag sehen wir die Radschnellwege mit großer Priorität. Aus diesem Grund würden wir diese auch nicht generell zeitlich schieben, unter der Voraussetzung, dass tatsächlich 90% an Zuschüssen gewährt werden. Wir fordern die Landkreisverwaltung auf, mit dem Land die Standards für solche Radschnellwege gemeinsam auf ein ordentliches Niveau zu bringen und die teilweise kostentreibenden Optionen nicht zu realisieren. Auch hier gilt, für die Optimierung der letzten 10 % sind unverhältnismäßig hohe Mittel aufzubringen.

Die richtige Orientierung ist immer hilfreich. „**Rad-Wegweisungen**“ sind wichtig und das neue Radwegweisungs-Konzept soll 2023 umgesetzt werden, sobald es gelingt, ein akzeptables Angebot einer Firma für die Lieferung und Montage der Schilder zu erhalten.

Wir Freien Wähler stehen für einen **zuverlässigen, attraktiven, klimafreundlichen und bezahlbaren ÖPNV**. Der Nettoressourcenbedarf ist enorm angestiegen. Von 25 in 2017 auf 50 Millionen Euro 2023. Das muss vollständig über die Kreisumlage von den Städten und Gemeinden finanziert werden.

Inzwischen haben wir ein sehr **hohes Niveau** mit hohen Taktichten beim ÖPNV-Angebot im Landkreis Böblingen erreicht. Beim jüngsten bundesweiten Vergleich der Erreichbarkeit von Bus- und Bahnangeboten für die Bevölkerung des Interessenbündnisses „Allianz pro Schiene e.V.“ hat **der Landkreis BB den fünften Platz unter 294 Landkreisen in Deutschland und den zweiten Platz in BW belegt**. Das spricht für ein gutes Bus- und Bahnangebot und dass unsere Anstrengungen für den ÖPNV Früchte tragen.

Auffallend ist im Vergleich zu den anderen Verbundlandkreisen, dass unser **Nettoressourcenbedarf pro EW und Jahr mit rd. 125 Euro** deutlich höher liegt als bei den anderen Landkreisen mit Beträgen zwischen rund 75-85 Euro. Das liegt vor allem an der Schönbuchbahn mit einer Umlage von allein rund 11 Millionen Euro, ab 2024 rund 12 Millionen Euro pro Jahr. Umso unerfreulicher sind die Probleme bei den Fahrzeugen.

Zunehmend ist wie in allen Bereichen auch beim ÖPNV der große **Personal- und Fachkräftemangel** unseres Landes spürbar. Es gibt schon heute nicht mehr genügend Busfahrerinnen und Busfahrer.

Die Freien Wähler stehen zu den gemeinsam beschlossenen ÖPNV-Maßnahmen und Kosten. Allerdings sind angesichts dieser Größenordnung Kosten - Nutzen laufend sorgfältig zu prüfen. Das sehr gute Angebot muss aufgrund des sehr hohen Nettoressourcenbedarfs regelmäßig evaluiert

werden. Gemäß Ziffer 6.3.6 des Nahverkehrsplan 2021 wird die Fahrgastnachfrage routinemäßig mittels automatischer Fahrgastzählssysteme erfasst und in das vom VVS betriebene Hintergrundsystem eingespeist. Notwendig ist dazu ein Bericht mit Infos über die konkreten Ergebnisse der Fahrgastzahlen im zuständigen Fachausschuss.

Hinsichtlich des 49-Euro-Tickets sind nachhaltige Lösungen und verbindliche Finanzierungszusagen durch Bund und Land unabdingbar. Wir wünschen uns hierzu einen Bericht über die Auswirkungen auf das Tarifgefüge und die Verkehrsfinanzierung.

Langfristig denken ist gerade auch in diesen Zeiten richtig: Der Kreistag hat am 17.05.2021 eine Vertiefung der **Potentialanalyse für Schienenverbindungen Böblingen/Sindelfingen und Leonberg** beschlossen und die Verwaltung gebeten, zum Korridor Leonberg weitere Untersuchungen abzustimmen. Dies steht noch aus. Gegen Ende 2022 sollen die Ergebnisse der Vertiefung und gegen Ende 2023 die Ergebnisse einer vergleichenden Machbarkeitsstudie für den Raum **Nagold - Herrenberg** vorliegen.

Zum Thema **Barrierefreie Bushaltestellen**: Die Städte und Gemeinden haben viel in **barrierefreie Bushaltestellen** investiert und noch aufwändige Umbauten vor der Brust. Die GVFG-Förderung erfolgt nur auf der Grundlage von Pauschalsätzen. Die Kosten sind oft wesentlich höher. Es ist nicht verständlich, dass der notwendige Umbau in barrierefreie **S-Bahnhöfe** nicht zeitlich parallel vollständig durchgeführt wird. Teilweise ist der Umbau erst etliche Jahre nach dem vorgeschriebenen Umbau in barrierefreie Bushaltestellen eingeplant. Gerade die S-Bahnhöfe im Landkreis Böblingen werden täglich von sehr vielen Fahrgästen frequentiert und barrierefreie Bushaltestellen nützen beim Umstieg zur oder von der S-Bahn wenig, wenn die S-Bahnhöfe selbst nicht barrierefrei sind.

### **Digitalisierung**

Die Digitalisierung ist für unseren Landkreis weiterhin eine **wichtige Aufgabe**. Wir begrüßen daher die Förderung des Zentrums für Digitalisierung, von AI Xpress und insbesondere auch des Hermann-Hollerith-Zentrums, das nächstes Jahr sein 10. Jubiläum feiert und sich sehr erfolgreich entwickelt. Durch die Förderung erhoffen wir uns weitere **digitale Innovationen** für unseren wirtschaftsstarken Landkreis.

Wichtige Voraussetzung für die digitale Transformation ist der **Glasfaserausbau**. Wir freuen uns, dass hier nach vielen Jahren endlich Bewegung in die Sache gekommen ist und an vielen Orten die nötige Infrastruktur verlegt wird. Sie sprechen in Ihrer Haushaltsrede von einer „mutigen Doppelstrategie“ Herr Landrat. Als Kommunen freuen wir uns, mit der direkten Vertragsschließung mit der Deutschen Glasfaser einen wesentlichen Beitrag zu dieser Doppelstrategie geleistet zu haben.

### **Klimaschutz**

Das Thema Klimaschutz bleibt auch weiterhin **eines der zentralsten Themen für die Zukunft der Menschheit** – und das trotz des Krieges in der Ukraine mit all seinen Auswirkungen und trotz wachsender globaler politischer, wirtschaftlicher Konflikte. Deutschland und fast ganz Europa verzeichnete 2022 zum vierten Mal in den letzten fünf Jahren eine monatelange Dürre mit langanhaltenden intensiven Hitzewellen, andere Regionen der Erde wie beispielhaft Pakistan oder Australien erlebten dagegen nie gekannte Regenfluten und verheerende Überschwemmungen. Die

Auswirkungen der Klimakrise auf die Landwirtschaft und Wirtschaft vieler Länder sind mittlerweile unübersehbar und äußern sich in immer größeren Migrationsbewegungen

Ein qualitativ hochwertiger und attraktiver ÖPNV sowie ein gut ausgebautes Radwegenetz sind bereits sehr **wichtige Beiträge für den Klimaschutz**. Wir müssen außerdem unsere Abhängigkeit von fossilen Energieträgern wie Öl, Gas und Kohle zeitnah sehr kräftig reduzieren. Wir begrüßen und unterstützen daher den engagierten **Ausbau der Erneuerbaren Energien**, vor allem den **Ausbau der Photovoltaik** und der Windenergie. Für den flächendeckenden Ausbau von Photovoltaik-Anlagen auf landkreiseigenen Grundstücken halten wir die vorgelegte Strategie für richtig und es ist gut, dass entsprechende Standortanalysen angestoßen wurden.

Den frischen Wind für **Windkraftanlagen** unterstützen wir und sehen es für sinnvoll an, hierfür entsprechende Standorte zu finden, gerne auch auf Grundstücken des Landkreises. Der personelle Aufbau muss dann sukzessive erfolgen. Und hinsichtlich einer möglichen Realisierung wäre es wünschenswert, wenn neben Investoren (hier sehen wir nicht in erster Linie den Landkreis) auch die Bürgerinnen und Bürger über ein **Genossenschaftsmodell** partizipieren könnten, auch um so eine höhere Akzeptanz zu erreichen.

Der wirtschaftsstarke Landkreis BB benötigt bezahlbaren Strom, regenerativ und möglichst regional erzeugt statt langer Höchstspannungs-Leitungstrassen. Hier ist seit dem Ukraine-Krieg bei weiten Teilen der Bevölkerung ein positiver Bewusstseins-Wandel festzustellen. **Wir brauchen alle Säulen erneuerbarer Energien**. Hoffen wir, dass die große Akzeptanz auch bei den konkret folgenden Projekten auf unseren Markungen anhalten wird.

### **Bildung**

Unsere Schulen sind uns ein wichtiges Anliegen. Angesichts der großen Herausforderungen in der Schullandschaft des Landkreises fordern wir, dass bei der Konzepterstellung für die jeweiligen Schulen der zuständige Fachausschuss formell miteingebunden wird. Die Übertragung in den Eigenbetrieb Gebäudemanagement unterbindet ein Stück weit die formelle Beteiligung derjenigen, die unserer Ansicht nach zwingend gehört werden müssen!

### **Personal**

Zu Beginn meiner Rede habe ich versucht sehr deutlich zu machen, dass insbesondere durch die Zusatzaufgaben der Corona-, Energie- und Flüchtlingskrise die Leistungsgrenzen erreicht sind. Und dennoch müssen wir angesichts der sehr angespannten Finanzlage ein kritisches Auge auf die Entwicklung der Personalstellen werfen. Der Zuwachs in den letzten Jahren und der geplante Stellenzuwachs in 2023 ist enorm! Die Begründungen können wir nicht bei allen Stellen in Gänze nachvollziehen. Dennoch verzichten wir aufgrund der anstehenden großen Herausforderungen im Grundsätzlichen in den Stellenplan einzugreifen.

Nach wie vor wird es angesichts des Fachkräftemangels nicht gelingen, alle Stellen zu besetzen, das spiegelt auch ihr globaler Minderaufwand wieder. Andererseits wird die derzeit einberechnete Tarifierhöhung nicht ausreichen, wenn man die entsprechenden Forderungen auf Arbeitnehmerseite verfolgt. Wir bitten und fordern eindringlich darum, dass wirklich jede Stelle im Laufe des Jahres und auch vor einer Neubesetzung nochmals kritisch hinterfragt wird. **In erster Linie heißt das, Standards und Leistungen überprüfen, Aufgabenkritik vor Stellenschaffung!**

## Investitionen

Herr Landrat, Sie sprachen davon, die Investitionsoffensive fortzusetzen. Wir alle kennen die Situation im Bausektor, die galoppierende Baupreientwicklung, Unsicherheiten am Markt, Lieferengpässe und und und... Die Fraktion der Freien Wähler möchte bei den Investitionen einen alternativen Weg gehen.

Fast alle Projekte benötigen einen ordentlichen zeitlichen Planungsvorlauf, viele inhaltliche Diskussionen usw. Die tiefe inhaltliche Auseinandersetzung mit Konzepten und Planungen bietet ja auch Gewähr für eine **gute Planungs- und Entscheidungsgrundlage**.

Deshalb beantragen wir, dass für Investitionen, die sich noch in der Planungsphase befinden und noch nicht am Markt platziert sind, im Haushalt 2023 und in der mittelfristigen Finanzplanung nur die Planungsrate veranschlagt wird.

Die letztendlichen Realisierungsentscheidungen werden erst zu dem Zeitpunkt getroffen, wenn absehbar ist, wie sich die weitere wirtschaftliche Situation unter Ausschöpfung aller möglichen Fördermittel entwickelt und die Finanzierung im Haushalt dargestellt werden kann.

Die beantragte Vorgehensweise stellt sicher, dass die Projekte zunächst inhaltlich weiter diskutiert und vorangebracht werden können.

Es ist aber auch ein klares Zeichen dafür, dass die Realisierung dieser Investitionen erst zu einem späteren Zeitpunkt unter den dann zu beurteilenden Rahmenbedingungen entschieden wird. Wir halten dies für den zielführendsten Weg, um inhaltlich voranzukommen, die Investitionen aber dann unter Gesamtbetrachtung der finanziellen Belastbarkeit und Finanzierungsmöglichkeit zu entscheiden.

## Hochwertige Gesundheitsversorgung im Landkreis

Die qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung in unserem Landkreis war und ist uns allen „lieb und teuer“. In der Zwischenzeit ist sie aber nicht nur teuer, sondern exorbitant teuer!

Strukturvorgaben, Gesundheitspolitik, ambulante Fallzahlrückgänge, Corona, Corona-Nachwirkungen, Auswirkungen des Ukraine Kriegs, Inflation, Fachkräftemangel, Anstieg der Krankheitsausfälle... Umstände und Tatsachen, die zwischenzeitlich zu einem Defizit in einem Kalenderjahr von rund 30 Millionen Euro geführt haben. Ein Defizit, das nach derzeitiger Prognose im kommenden Jahr nochmals deutlich anwachsen und bei 40-50 Millionen Euro für das Wirtschaftsjahr 2023 landen könnte.

Das sind unvorstellbare Dimensionen, die wir schlichtweg nicht mehr Jahr für Jahr über die Kreisumlage kompensieren können! **Wir müssen handeln und zwar sofort!** Wir benötigen ein sofortiges Programm zur Ergebnisverbesserung. Wir müssen aus der bereits in Auftrag gegebenen und in den nächsten Wochen vorliegenden Potenzialanalyse sehr schnell die ersten Maßnahmen ableiten. Deshalb fordern wir den Träger auf, für das kommende Wirtschaftsjahr Maßnahmen einzuleiten, die das Defizit wenigstens auf dem des laufenden Jahres bei ca. 30-33 Millionen Euro halten soll.

Wir wissen, dass das vorhandene Personal insbesondere in den vergangenen zwei Jahren fast unmenschliches geleistet hat. Es geht deshalb nicht darum, immer noch mehr und noch schneller arbeiten zu müssen, sondern wir müssen im Sinne des Medizinkonzeptes schnellstmöglich **strukturelle Veränderungen** herbeiführen. Wir können und wir dürfen nicht warten, bis das Flugfeldklinikum in Betrieb geht. Es funktioniert nicht, erst dann entsprechende strukturelle Weichen zu stellen. Diese müssen jetzt beginnen und zwar in allen vier Standorten unserer Kliniken (besser in allen 6 Standorten des Verbundes). Es gibt ja gute Ansätze, diese müssen

jedoch mit viel Energie, Mut und mit hoher Geschwindigkeit einerseits und auf der Basis der Ergebnisse der Potenzialanalyse mit klarem Blick auf das Notwendige ganz schnell intensiviert, ausgeweitet und umgesetzt werden.

Nochmals: Dies ist keine Kritik an den sehr engagierten Mitarbeitenden in unseren Kliniken. Es sind viele unterschiedliche Faktoren, die zu diesem negativen Ergebnis führen. Aber ein Unternehmen mit jährlich 30-40 Millionen Euro Defizit ist zum Handeln gezwungen. Was wäre denn die Alternative?

Bei den Investitionen in die Kliniken ist es uns wichtig, dass man insbesondere im Rahmen der Zielplanung die Kliniken Leonberg und Herrenberg nicht lediglich aus **baulicher** und **finanzieller** Sicht betrachtet und lediglich aus diesem Blickwinkel gegebenenfalls in die Zukunft schiebt. Wir möchten die Investitionsentscheidungen, die derzeit noch nicht am Markt platziert sind, nochmals abgeglichen haben mit dem Medizinkonzept, den veränderten Rahmenbedingungen, der bereits in Auftrag befindlichen Potenzialanalyse und den strukturellen Überlegungen. Darauf basierend kann und soll ggf. dann die Planung angepasst und die Investitionsentscheidungen aber auch getroffen werden.

Vor diesen gesamten Hintergründen ist es unabdingbar, dass es uns gelingt, nicht nur unsere vier Standorte mittelfristig auf die dann drei neu auszurichten, sondern auch die **Vollfusion mit den Kliniken des Landkreises Calw** sehr zeitnah realisieren zu können. Denn nur, wenn tatsächlich im Verbund mit standortübergreifenden neuen Strukturen gearbeitet wird, können wir die Defizite überschaubar halten. Die bestmögliche medizinische Versorgung unabhängig vom Standort im Verbund. Das muss das Ziel sein! Dazu braucht es: Eindeutige Strukturen und geringe Komplexität bei den Entscheidungsgremien, ein evaluiertes Medizinkonzept und die Bereitschaft der Veränderung bei ALLEN Beteiligten!

## **Finanzen**

Herr Landrat, der von Ihnen zitierte Satz von Manfred Rommel, wonach öffentlich Gelder zurzeit die hervorstechende Eigenschaft haben, meistens zu fehlen, trifft im Grunde nach ja schon immer zu. Nur in dieser Wucht und Dimension wie in diesem Haushalt wohl noch nie.

Die vergangene Steuerschätzung, die insbesondere für Bund und Länder Steuer Mehreinnahmen prognostiziert, nicht zuletzt durch die extrem hohe Inflation und das sich darauf auswirkende erhöhte Umsatzsteueraufkommen, wird in Teilen ja auch auf den Kreis zutreffen. Sie rechnen mit rund 2-3 Millionen Euro an zusätzlichen Einnahmen. Auch der noch nicht dargestellte Zuschuss von 90% bei den Radwegen dürfte nochmals Verbesserungen bringen. Dies werden Sie sicher in einer Änderungsliste alles noch darstellen.

Bei der vorliegenden Dimension des Defizits und der Haushaltsrisiken verzichten wir tatsächlich darauf, einzelne Haushaltspositionen aufzugreifen. Wir verpflichten Sie jedoch, insbesondere im Ergebnishaushalt auf eine **sehr sehr sparsame Haushaltsführung, Haushaltsbewirtschaftung und insbesondere auf die schon angesprochene Aufgabenkritik** zu achten.

Der Schuldenanstieg im mittelfristigen Bereich ist extrem hoch. Herunter gebrochen entspräche dies allein zehn Prozentpunkte Kreisumlage. Daher sind auch auf der Einnahmeseite alle Möglichkeiten auszuschöpfen. Insbesondere möchten wir darauf drängen, dass der Landkreis mit



der Stadt Böblingen den eingeschlagenen Weg einer Nachnutzung für das Klinikareal sehr zielgerichtet vorantreibt.

Wir sind dankbar, dass Sie die Überschüsse aus den Haushaltsvorjahren wie Sie selbst sagen etwas widerwillig und verzögert eingeplant haben. Wir halten es auch für richtig, dass Sie bei einzelnen Ansätzen dieses Jahr erstmalig aus unserer Sicht Risiken eingehen, zum Beispiel bei der Grunderwerbsteuer. Diese Höhe zu erreichen ist wirklich optimistisch, dennoch bedanken wir uns für diesen Ansatz, denn alles andere würde den Haushalt noch schwieriger machen.

Es zeigt aber auch, dass dies ein **einmaliger Haushalt sein muss!** Er ist rechtlich ausgeglichen. Sollten Sie jedoch die Entwicklungen der aufgezeigten mittelfristigen Finanzplanung so einschlagen wollen, werden im Nachgang die Städte und Kommunen mit der eingeplanten erhöhten Kreisumlage nicht mehr in der Lage sein, rechtmäßige Haushalte aufzustellen. Deshalb müssen wir gemeinsam daran arbeiten, dass sich auch in den grundlegenden Finanzbeziehungen, den Leistungsstandards und dem Zusammenwirken zwischen Bund, Länder und Kommunen etwas ändert.

Aus diesen Gründen tragen wir auch die Kreisumlage mit 32 Prozentpunkten für das Jahr 2023 mit. Wir weisen jedoch ausdrücklich darauf hin, dass das die eingeplanten Erhöhungen in den Folgejahren **nicht miteinschließt**.

Herr Landrat: Bei der Einbringung des Haushalts sagten Sie zum Abschluss, dass das Zahlenwerk wetterfest sei. Wir beurteilen das anders! Wir tun zwar unser Möglichstes, aber die Löcher in unserem Regenmantel sind schon deutlich spürbar und werden noch größer werden, wenn sich nicht fundamental etwas ändert.

Das ist keine Kritik an Ihnen, dem Kreiskämmerer und den Mitarbeitenden im Landratsamt. Im Gegenteil: Wir wissen und sehen Ihr **großes Engagement**, mit uns gemeinsam die schwierigen Herausforderungen in unserem Landkreis zu bewältigen.

Und deshalb ein **herzliches Dankeschön** für die Erstellung dieses schwierigen Planwerkes an alle Beteiligten, stellvertretend an

- Landrat Roland Bernhard
- Kreiskämmerer und Mitarbeitende
- Die Kolleginnen und Kollegen im Kreistag.

Für die Fraktion



Thomas Sprißler  
Fraktionsvorsitzender